

München, 28.04.2021

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete

In einem offenen Brief, der von vielen führenden Kinderärzt:innen in Deutschland sowie Virologen, Bildungsforschern, Fachkräften aus Medizin und Bildung sowie 6.000 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet wurde, haben wir uns vor zwei Wochen mit der Forderung nach offenen Schulen und KiTas an Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die Ministerpräsident:innen der Länder gewandt¹.

Mit diesem Brief wenden wir uns an Sie, als Abgeordnete, die Sie die Bürger dieses Landes vertreten.

Die Pandemie hat allen Menschen dieses Landes viel abverlangt. Eine überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger trug die Eindämmungsmaßnahmen über Monate solidarisch mit, um Menschenleben zu retten und das Gesundheitssystem zu schonen. Mittlerweile sind die durch das Virus am meisten gefährdeten Gruppen zunehmend durch Impfung geschützt. Nun gilt es, denen ihre Rechte auf Bildung, Teilhabe und soziale Entwicklung zurückzugeben, die von der Erkrankung am wenigsten, von den Einschränkungen aber über Monate am meisten betroffen waren und sind: Kinder und Jugendliche, die Zukunft dieses Landes.

Oft werden geschlossene Schulen mit den hohen Inzidenzen bei Kindern und Jugendlichen begründet und damit, dass es an Schulen ein starkes pandemisches Geschehen gäbe. Dabei wissen wir aber vor allem eines: Infektionen finden am Arbeitsplatz und vor allem im privaten Bereich statt, aber nicht an Schulen. Gesundheitsämter aus ganz Bayern bestätigen: An Schulen gibt es Eintragungen, aber nur selten Folgeinfektionen. Die Ergebnisse der seit dem 12. April verpflichtenden Tests für alle Schüler:innen haben dies bestätigt. Auch haben die letzten Wochen gezeigt: Ob in einer Region die Schulen offen hatten oder geschlossen waren, hatte keinen messbaren Effekt auf die Entwicklung der Inzidenzzahlen.

Wir wissen auch: Mit Maske, Abstand und verpflichtenden Tests sind Schulen viel sicherere Orte sozialen Erlebens als private Zusammenkünfte. Mit den verpflichtenden Tests werden Infektionen schnell erkannt und Abstand und Maske stellen sicher, dass sich das Virus nicht weiter verbreiten kann. Darüber hinaus ist die Kontaktnachverfolgung nirgends so einfach sichergestellt wie in öffentlichen Institutionen. Dies dürfte besonders in sozialen Brennpunkten (einem bekannten Problemfeld der Pandemiebekämpfung) ein wichtiger Faktor zur Unterbrechung von Infektionsketten sein. Viele Lehrer:innen haben bereits die erste Impfung erhalten und wünschen sich ihre Schüler:innen an die Schule zurück. Sie wissen genauso wie das Ifo-Institut², dass der Distanzunterricht nicht ansatzweise ein Ersatz für Unterricht in Präsenz sein kann.

Testungen wurden monatelang als Instrument zur Pandemiekontrolle gehandelt, als Überbrückung, bis der Impfschutz umfänglich greift. Tests sind eine große Chance, um Infektionsketten zu unterbrechen und ein verlässliches Bild über das Infektionsgeschehen zu bekommen. Dazu müssen Arbeitnehmer:innen in die Pflicht genommen und Schüler:innen regelmäßig getestet werden - repräsentativ gelingt dies nur bei geöffneten Bildungseinrichtungen.

¹ [Initiative Familien - bundesweiter offener Brief - Schulen und KiTas öffnen](#)

² [IFO Institut - Bildung erneut im Lockdown: Wie verbrachten Schulkinder die Schulschließungen Anfang 2021?](#)

Die Warnungen von Kinderärzt:innen und Psycholog:innen und allen, die mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten, sind alarmierend³. Kinder und Jugendliche sind zunehmend betroffen von psychischen und physischen Erkrankungen bis hin zu suizidaler Gefährdung. Diese werden teils ein Leben lang nachwirken und hohe Folgekosten für die Allgemeinheit verursachen. Gleichzeitig ist ein schwerer oder gar tödlicher Verlauf von Covid-19 bei Kindern und Jugendlichen auch weiterhin extrem selten⁴. Diese Fachdisziplinen haben seit Beginn der Pandemie darauf hingewiesen, dass Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen, sozialen und gesundheitlichen natürlichen Entwicklung extrem und unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Nach wie vor werden diese Aspekte aber nicht angemessen bei der Gestaltung der Eindämmungsmaßnahmen berücksichtigt.

Erst am 27. April wurden von der bayerischen Regierung weitere Lockerungen für Erwachsene angekündigt und umgesetzt. Für vollständig geimpfte Personen sollen viele Einschränkungen aufgehoben werden. Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren werden vorerst nicht geimpft werden können. Bleiben ihnen somit wesentliche Freiheitsrechte vorenthalten? Müssen sie eine Covid-19 Erkrankung in Kauf nehmen, um mit geimpften Erwachsenen gleichgestellt zu werden?

Gleichzeitig mit verschiedenen Lockerungsankündigungen der bayerischen Regierung wurde von Ministerpräsident Markus Söder, Gesundheitsminister Klaus Holetschek und dem Leiter der Staatskanzlei, Florian Herrmann, klar und deutlich gesagt: Schulen bleiben geschlossen, nur bei einer Inzidenz von unter 100 darf es zumindest Wechselunterricht geben. Ungeachtet des bundesweiten Grenzwertes von 165, ungeachtet der Tests und weiteren Schutzmaßnahmen an Schulen und der Kollateralschäden bei Kindern und Jugendlichen, ungeachtet der verlorenen Bildungszeit.

Wir fordern Sie auf: Beenden Sie jetzt die Ungleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen. Stellen Sie diese nicht weiterhin schlechter als Erwachsene. Geben Sie Familien eine Perspektive und Kindern und Jugendlichen Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zurück. Handeln Sie jetzt und sichern Sie die Zukunft unseres Landes. Jede Woche verlorener Unterricht ist unendlich teuer. Für jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler, aber auch für unser ganzes Land.

Für *Initiative Familien Bayern*

Sabine Kohwagner

Dr. Tobias Oelbaum

³ [Stellungnahme der DGPI und der DGKH zur Rolle von Schulen und KiTas in der COVID-19 Pandemie](#)

⁴ [DGPI und DGKH zu Hospitalisierung und Sterblichkeit von COVID-19 bei Kindern in Deutschland](#)